

Energie- und Klimasicherheit während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Vortrag von Dr. Markus Ederer (12.02.2007)

Begrüßung und Eröffnung

Dr. Reinhard C. Meier-Walser, Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, erläuterte, dass es sich bei dem Vortrag von Dr. Markus Ederer über „Energie- und Klimasicherheit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“ um eine Kooperationsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. handele. Dr. Meier-Walser drückte seine Freude darüber aus, dass Dr. Ederer gerade in dieser Phase, durch EU-Ratspräsidentschaft und G8-Vorsitz eng gesteckter Termine, sich trotzdem bereiterklärt habe, zu diesem wichtigen Thema einen Vortrag zu halten.

Paris sei derzeit durch die anstehenden Präsidentschaftswahlen und Tony Blair durch seinen baldigen Rücktritt geschwächt und in seiner außenpolitischen Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Diese Situation mache Deutschland quasi zum „Powerhouse“ Europas. Jedoch sei Deutschland gerade wegen dieser Handlungsbeeinträchtigung wichtiger EU-Partner gehemmt, und könne die großen, an eine deutsche EU-Ratspräsidentschaft gerichteten Erwartungen nur schwer erfüllen. Des Weiteren käme die innenpolitische Dimension Deutschlands hinzu. Die Koalitionspartner seien sich gerade in der Energiepolitik nicht einig, es käme zu koalitionsinternen Reibereien. Dr. Meier-Walser gab nach dieser kurzen Einleitung das Wort an Dr. Ederer. Die Moderation der anschließenden Diskussion übernahm Prof. Dr. Gunther Schmidt von der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, ein ausgewiesener Experte für Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Vortrag

„Früher wurde in der Politik immer nur bis zur nächsten Legislaturperiode geplant. Heute leben wir in anderen Zeiten: die Globalisierung erfordert, dass wir weit über den heutigen Tag hinaus denken. Das schließt auch und vor allem Fragen der Energie- und Sicherheitspolitik mit ein.“ Mit diesen Worten leitete **Dr. Markus Ederer, seit 2005 Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt**, seinen Vortrag ein. Es gebe trotz manchen Ungewissheiten einige klare Voraussagen. Zum einen, dass sich die Erde erwärme und der Mensch schuld daran sei. Des Weiteren, dass wir in Zukunft noch mehr fossile Energien verwenden werden. Unsicherheit bestehe vielmehr in der Frage, wie wir mit diesen Problemen in Zukunft umgehen wollen. Themen der Energiepolitik seien in den vergangenen Jahren immer mehr zu Themen auch der Außen- und Sicherheitspolitik geworden. Dr. Ederer stellte im Folgenden einen kurzen Überblick über die derzeitige Situation hinsichtlich Energiepolitik und Klimawandel dar. Anschließend stellte er verschiedene Lösungsansätze der Bundesregierung auf diesem Gebiet vor.

Im Bereich der Energiesicherheit könne man eine gesteigerte Nachfrage nach Energie in den ehemaligen Drittweltländern, den heutigen Schwellenländern feststellen. Beispielsweise in China gebe es einen regelrechten Rohstoffhunger. Des Weiteren steige die Abhängigkeit der EU von Rohstoffimporten. Das Problem sei, dass viele der Produzentenländer von korrupten Regierungen geführt würden, wo eine Renationalisierung der Energiewirtschaft eingesetzt habe. Das Phänomen der Renationalisierung könne man besonders anschaulich an Russland nachvollziehen. „Wir sollten uns aber davor hüten Russland als Sündenbock hinzustellen“, so

Ederer. Weltweit liegt Ederer zufolge nur noch 15 Prozent der Ölförderung in privater Hand. Aufgrund der steigenden Preise im Energiesektor könne man davon sprechen, dass Energie zur „Machtwährung“ geworden sei. Allerdings: wo sich Macht bilde, bilde sich auch Gegenmacht. Dies zeige der Vorstoß Polens zur Schaffung einer Energie-NATO. Dieser sei von Deutschland jedoch unkommentiert geblieben. Zu China lasse sich hinsichtlich des Themas Energiesicherheit sagen, dass es großes Interesse an den Rohstoffvorkommen in Afrika habe. China sei in Afrika jedoch nur zum Teil willkommen. Es betreibe zwar – im Gegensatz zu Europäern und Amerikanern – eine Politik der Nichteinmischung, in Afrika befürchte man allerdings eine neue Form des Kolonialismus. Im UN-Sicherheitsrat sei China mit dieser Politik ein schwieriger Partner, da es sich nur schwer dazu bewegen lasse beispielsweise Sanktionen gegen den Sudan zu verhängen.

Aufgrund der durch Rohstoffimporte entstehenden Abhängigkeiten, würden viele Staaten wieder auf Kernkraft setzen. Es gebe eine regelrechte „Renaissance“ der Kernkraft. Besonders in Schwellenländern wende man sich der zivilen Nutzung von Kernkraft zu. Das Problem dabei sei in Fällen wie dem Iran, der auch zu einer zivilen Nutzung berechtigt sei, dass es nur ein kleiner Schritt von der zivilen zur militärischen Nutzung von Kernkraft sei. Implizit damit verbunden sei, dass mit einer steigenden Zahl von Atomstaaten das althergebrachte Konzept der Abschreckung ad absurdum geführt werde. Durch die Politisierung der Energiefrage entstünden Konfliktlagen, denen es präventiv zu begegnen gelte.

Ein weiterer Faktor, den es bei dem Themenkomplex Energiesicherheit nicht zu vergessen gelte, sei der Klimawandel. Eine zunehmende Zahl ernstzunehmender Studien betone, dass die derzeitige Höhe des Öl- und Gasverbrauchs nicht zu verantworten sei. Der Stern-Report beispielsweise habe durch den Klimawandel einen volkswirtschaftlichen Schaden für die Länder pro Jahr von ungefähr zehn bis 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) errechnet. Zwei Fakten könnten aus diesen Studien gezogen werden: Erstens, dass der Klimawandel durch den Menschen verursacht sei. Dies sei mittlerweile auch von George W. Bush zu Beginn seiner zweiten Legislaturperiode anerkannt worden. Zweitens werde die Erderwärmung laut der Studie des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im günstigsten Fall bis 2100 vier Grad Celsius betragen, was einen Anstieg der Meeresspiegel um elf bis 89 cm zur Folge haben könne. Dies habe für einige Regionen schwerwiegende Folgen. Diese Entwicklungen träfen uns bereits heute, wenn man nur an das Elbehochwasser im Jahr 2002, die Hitzewelle in Europa im Jahr 2003 oder den Hurrikane Katrina im Jahr 2005 denke. Wissenschaftler gingen davon aus, dass sich diese Phänomene in den kommenden Jahren noch verstärken. Es käme dann zu Wasserknappheit, Wüstenbildung, einen Anstieg der Meeresspiegel, und in Folge all dessen zu einer verstärkten Migration aus diesen Gebieten. Dies wiederum werde zu einer Verschärfung von Konfliktlagen führen. Klimawandel werde von der Bundesregierung also als die andere Seite der Medaille beim Thema Energiesicherheit betrachtet, so Ederer. Die britische Regierung spreche daher bereits von „Klimasicherheit“ und auch der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier habe auf der Internationalen Sicherheitskonferenz am vergangenen Wochenende den Klimawandel erstmals als eine Frage der nationalen und internationalen Sicherheit bezeichnet.

Was können wir tun?

- 1.) Steigerung der Energieeffizienz
- 2.) Verstärkter Einsatz von sauberen Energien (erneuerbare Energien, saubere Kraftwerke etc.)

Eine Energie- und Klimaaußenpolitik habe es bis zum letzten Jahr noch nicht gegeben. In diesem neuen Politikfeld müsse ein Ansatz gefunden werden, der Verbraucher, Produzenten

und Transitländer gleichermaßen einbeziehe. „Wenn wir das nicht schaffen, werden wir Energiesicherheit nicht erreichen“, betonte Ederer. Auf Initiative der Bundeskanzlerin habe es daher in der Vergangenheit bereits zwei Energiegipfel zum Thema gegeben, ein dritter solle folgen. Dieser Ansatz passe gut in die EU-Ratspräsidentschaft, da es von der EU-Kommission ebenfalls einen Vorstoß in diese Richtung gebe. Sie habe einen Aktionsplan hinsichtlich einer gemeinsamen Energiestrategie entwickelt. Darin sei vorgesehen, dass die EU in Energiefragen in Zukunft mit einer Stimme spreche. Der darüber entscheidende Rat werde am 8. März tagen. Ziel der EU-Kommission sei es, dass die EU die effizienteste Region der Welt werde. Die Kommission fordere daher von der Industrie eine „industrielle Revolution“ hin zu der Nutzung von sauberen Energien, wie saubere Kohle, Biokraftstoffe etc. Ohne funktionierenden EU-Binnenmarkt werde es jedoch keine gemeinsame Energieeffizienz geben. Problem sei hier unter anderem auch die Entflechtung des Energienetzes von den Stromerzeugern. Deutschland stehe diesem Vorschlag kritisch gegenüber, da in den Ländern, wo diese Trennung bereits vollzogen worden sei (z.B. Großbritannien), die Versorgung nicht unbedingt besser geworden sei. Ein weiteres Problem bei der Schaffung eines gemeinsamen Energiebinnenmarktes sei die Solidaritätsforderung einiger EU-Länder bei der Versorgung mit Gas im Krisenfall. Deutschland habe in dieser Hinsicht gut vorgesorgt. Länder wie Polen, die zu fast 80 Prozent von Russland abhängig seien, würden von Deutschland fordern, im Krisenfall dieses Gas an Polen zu liefern. Die deutsche Bundesregierung vertrete bei diesem Problem jedoch die Haltung, wer profitieren wolle, vorher auch eingezahlt haben müsse. Noch sei laut Ederer nicht klar, wie diese Frage gelöst werden könne.

Eine unbedingt notwendige Maßnahme im Hinblick auf Energieversorgung und Energiesicherheit sei Diversifizierung. Diversifizierung nicht nur in Bezug auf die Produzenten, sondern auch bezüglich des Energiemixes, der Transportrouten etc. Produzenten gebe es nicht so viele, die für uns infrage kämen. Deshalb sei es wichtig, gute Beziehungen zu den Anbieterstaaten zu pflegen, so Ederer. Russland werde auf absehbare Zeit ein zentraler Versorger für uns bleiben. Das Nordseegas nehme ab und somit wachse auch Russlands Bedeutung für uns. Norwegen sei zwar auch eine Alternative. Zum einen nähmen jedoch auch hier die Ressourcen ab, zum anderen dürfe man nicht übersehen, dass auch in Norwegen die Anbieter hauptsächlich in staatlicher Hand seien. Weitere mögliche Anbieter für die EU seien Nordafrika sowie die Golfstaaten. Das Problem in den Anbieterstaaten mit den größten Rohstoffvorkommen sei, dass gerade hier besonders instabile Verhältnisse herrschen. „Wir müssen die Verhältnisse in diesen Ländern so verbessern, dass sie stabile Länder und bessere Lieferanten werden“, so Ederer. Aber auch wenn alle Diversifizierungsmöglichkeiten ausgeschöpft seien, würden wir immer noch von Russland als Hauptlieferant abhängig sein. Allerdings werde sich die gegenseitige Abhängigkeit, die bisher noch zwischen Russland und der EU bestand, verringern, da auch Russland Flüssiggas herstellen wolle. Diesem Problem wolle man in der Bundesregierung mit dem Vorschlag der beiderseitigen Verflechtung begegnen. Geplant sei eine Beteiligung von deutschen Unternehmen unter Lieferung deutschen Know-hows an der russischen Produktion und umgekehrt eine Beteiligung russischer Firmen an der Energielieferung in Deutschland. Ziel sei es, darüber ein Abkommen zwischen Russland und der EU zu schließen, das die Kooperation auf eine gemeinsame Grundlage stelle. Die Haltung der Bundesregierung gegenüber Russland habe sich auch durch den jüngsten Disput Russlands mit einigen Transitländern nicht geändert. Russland sei auch in Zeiten des Kalten Krieges immer ein verlässlicher Lieferant gewesen. Die Frage in Bezug auf Russland sei auch viel weniger das „ob“ als vielmehr das „wie“? „Durch Isolation gewinnen wir nichts“, betonte Ederer.

Abschließend ging Dr. Ederer noch auf die Beziehungen zwischen der EU und den USA auf dem Feld der Energiepolitik ein. Er betonte die Notwendigkeit der Schaffung einer strategischen Energiepartnerschaft zwischen EU und USA. Am 30. April dieses Jahres solle vor dem Hintergrund dieses Ansatzes ein Energiedialog ins Leben gerufen werden. Idee sei

es, die Forschungspotenziale auf beiden Seiten des Atlantiks zu poolen, um letztlich einen geringeren CO₂-Ausstoß zu erreichen. Die USA seien auf dem Gebiet der Energiesicherheit und des Klimawandels bisher zwar ein recht schwieriger Partner gewesen (Kyoto-Protokoll). Es zeichneten sich in den USA jedoch zwei neue Entwicklungen ab, die zu einem Paradigmenwechsel in der Energiepolitik der USA führen könnten, so Ederer:

- 1.) In den USA sei ein zunehmendes klimapolitisches Engagement von unten nach oben durch Nichtregierungsorganisationen, die Wirtschaft und einzelne Bundesstaaten festzustellen. Die US-Regierung werde hierdurch zunehmend unter Druck gesetzt.
- 2.) Bush selbst habe zugegeben: „America is addicted to oil.“ Der Großteil des Öls, das Amerika importiere, komme aus Ländern mit korrupten Regierungen und den USA feindlich gesinnten Ansichten. „Geogrüne“ setzten sich in den USA zunehmend dafür ein, dass die Abhängigkeit von solchen Ländern verringert werde, beispielsweise durch eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien.

Es gebe jedoch einen gravierenden Unterschied zwischen den USA und der EU: alles, was bei uns unter Klima behandelt werde, laufe in den USA unter „energy independence“.

Im Anschluss an den Vortrag von Dr. Markus Ederer entfaltete sich eine facettenreiche, offene und niveauvolle Diskussion.